

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Leipzig, des Polizeipräsidiums der Stadt Leipzig und des Stadtrats zu Großsch.

Bezugspreis mit illustrierter Beilage Volk und Zeit für einen Monat einschließlich Bringerlohn 2.— Mark, für Selbstabholer 1.90 Mark. — Durch die Post bezogen 2.— Mark ohne Bekleidgeld. — Die Einzelnummer kostet 20 Pf. Telefon Sammelnummer 72206 — **Postkonto Leipzig Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 72206. — **Berlag in Leipzig,**
Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 72206

Inseratenpreise: Die 10gehalt. Kolonelle 35 Pf., bei Platzvorschrift 40 Pf., Stellenangebote 10gehalt. Kolonelle 25 Pf., Familienanzeigen von Privaten die 10gehalt. Kolonelle mit 50% Nachl. Reklamezeile 2 Mk., Inserate v. ausw. die 10gehalt. Kolonelle 40 Pf., bei Platzvorschr. 50 Pf., Reklamezeile 2.25 Mk.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweiggeschäfte und alle Postämter entgegen

Die Götterschlacht in Moskau.

Trotski „beurlaubt“.

SPD. Aus Moskau wird gemeldet, daß nunmehr auch Trotski, der Vorsitzende des Hauptkonzeptionsausschusses, beurlaubt worden ist. Selbst wenn er nach einer solchen Beurlaubung wieder in sein Amt zurückkehren sollte, bedeutet dieses demonstrative Vorgehen gegen ihn doch einen weiteren Schlag gegen die Opposition. Ihre sämtlichen Führer sind politisch tauglos und unmöglich gemacht worden. Trotski hat sich zwar nach außen hin seit seiner vor Jahren erfolgten Mahnung einer äußersten Zurückhaltung beschieden. Er ist aber doch mit Sinowjew, Kamenev und den anderen Oppositionellen, die gerade ihn früher am heftigsten bekämpft hatten, in Verbindung getreten.

Der Hauptvorwurf, den die offizielle Parteileitung der Opposition macht, bestand darin, daß sie die politische Plattform Trotskis aus den Diskussionen der früheren Jahre sich jetzt zu eigen gemacht habe. Trotskis Beurlaubung soll offenbar demonstrativ nach außen hin zeigen, daß Stalin in den gesamten Regierungsapparat jetzt in der Hand hat und gegen seinen Willen auch nicht die geringste Opposition möglich ist.

Die internationale Bedeutung der russischen Krise.

Mit gespannter Aufmerksamkeit lauscht das internationale Proletariat auf das dumpfe Gedröh, das von der Götterschlacht auf dem kommunistischen Olymp im fernen Rußland herüberhallt. Durch den dichten Nebel der amtlichen Klüge, der den Kreml umhüllt, dringt das wahre Wesen und die eigentliche Tragweite der historischen Ereignisse, die sich hinter den geheiligten Mauern abspielen, nicht so leicht ans Tageslicht. Eins aber ist klar: Die Krise der russischen Bolschewismus ist ein neues Stadium getreten. Hierdurch ist ihre außergewöhnliche Bedeutung gegeben. Ihr Verlauf und ihr Ausgang werden von gewaltigem Einfluß sein auf das Schicksal nicht allein der russischen Kommunistenpartei und der bolschewistischen Diktatur, sondern auch der Komintern, also der ganzen internationalen Politik des Proletariats. Man müßte von einem unwahrscheinlichen Wunder sprechen, wollte man annehmen, daß der im Kreml erneut entfaltete Kampf der verschiedenen Elixen um die Macht, der wahrlich keine gewöhnliche Parteidiskussion mehr ist, an den Grenzen der Sowjetunion Halt machen, daß er die nichtrussischen Sektionen der Komintern verschonen könnte.

Man erinnere sich dessen, wie es bereits 1923 — anlässlich der ersten Diskussion mit Trotski und Nadel — unmöglich gewesen ist, den Streit innerhalb der russischen Grenzgebiete zu lokalisieren. Die drohende Warnung Sinowjens; man solle sich nicht unterziehen, den Fraktionskampf in die Komintern hineinzutragen, konnte auch damals schon die Ausdehnung der Diskussion auf alle Sektionen der Komintern nicht verhindern; und seit jener Zeit ist die von periodischen Abflüssen ganzer Führergarnituren, von Spaltungen und Abspaltungen begleitete „Diskussion“ nicht mehr zum Stillstand gekommen. Den Moskauer Brandherd zu isolieren, ist nun aber vollends unmöglich, wo an der Spitze der vereinigten Opposition — weils ein Hahn der Geschichte! — der nämliche Sinowjew steht, der 1923 Trotski und Nadel vor der „Beurlaubung“ der ausländischen Bruderparteien warnte!

Es handelte sich nicht nur um die vollkommene materielle, geistige und organisatorische Abhängigkeit der „Bruderparteien“ von den Moskauer Diktatoren, die die Zentralkommission aller Sektionen der Komintern veranlaßt, die Stalinische Mehrheit mit Maximaler Eifer ihres untertänigen Einverständnisses mit der Niedertrampeln der russischen Opposition zu versichern. Es handelt sich weiterhin auch nicht darum allein, daß jede der um die Macht kämpfenden Elixen naturgemäß bestrebt ist, sich auf nahebestehende Elemente in den Sektionen der Komintern zu stützen und den Apparat und den Einfluß der Komintern sich zunähe zu machen. Es geht im letzten Betracht auch noch darum, daß zwischen der Krise des russischen Bolschewismus und der des internationalen Kommunismus ein innerer Zusammenhang besteht: die eine Krise nähert die andere.

So verschieden die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Wurzeln des russischen und des westeuropäischen Kommunismus auch sind, so hat doch diesem wie jenem längere Zeit die Idee der Entfaltung des Bürgerkrieges unmittelbar aus der Gegebenheit des Weltkrieges mit dem Ziel der Eroberung der Macht und der sofortigen Durchführung des Sozialismus mit den Mitteln terroristischer Diktatur zugrunde gelegen. Und in der Tat wurde die Stimmung des russischen Utopismus in den Köpfen breiter Massen des europäischen Proletariats durch die ganze Atmosphäre der ersten Nachkriegsjahre weit verbreitet. Durch die tatsächliche Entwicklung wurde indes den Aposteln des Bolschewismus der Boden unter den Füßen entzogen. Lenin selbst ist schließlich gewesen, der die Notwendigkeit einer „Kempause“ und die Unvermeidbarkeit der Rep mit dem Scheitern aller Hoffnungen auf eine baldige soziale Revolution im Westen begründete. Die Rep selbst, die sogenannte neue Wirtschaftspolitik, war also nichts anderes, als die erste prägnante Äußerung der Weltkrise des russischen Utopismus.

Gewiß ist die Krise innerhalb der kommunistischen Partei der Sowjetunion in erster Linie eine Erscheinung von innerrussischer Bedeutung. Es ähert sich in ihr — allen bunten ideologischen Umhüllungen zum Trotz — der wachsende Widerspruch zwischen den Erfordernissen der wirtschaftlichen Entwicklung und dem System der terroristischen Diktatur. Dieser objektive Widerspruch der arbeit-

russischen Wirklichkeit bildet den Ausgangspunkt der zentralen Meinungsverschiedenheit zwischen Parteimehrheit und Opposition in der Frage, ob die Entwicklung der russischen Wirtschaft zum Sozialismus zu schnell oder zum Kapitalismus. Hinter den Streitereien über dieses Problem mit all den gegenseitigen Beleidigungen des Bezrats am orthodoxen Leninismus, des Mangels an Vertrauen in den sozialistischen Aufbau verbirgt sich der Kampf der utopischen und der mehr realistischen Tendenz im Schoße der Partei der Diktatur, die auf der Basis der unaufhaltsamen Entfaltung der kapitalistischen Beziehungen im Lande bereits den Prozeß der bürgerlich-bonapartistischen Umwandlung durchmacht.

Dieser Streit über russische Perspektiven ist indes nur ein Spezialfall des allgemeinen Problems des internationalen Kommunismus, der über die Tatsache der Stabilisierung des Kapitalismus und des „verlangsamten Tempos“ der sozialen Weltrevolution stolpert. So hat Bukharin in seinem Referat vor der Plenarversammlung des kommunistischen Zentralkomitees die „Grundthese“ Trotskis mit den Worten definiert:

„Wenn die internationale Revolution nicht siegt, ist der Sturz der proletarischen Diktatur durch die gegenrevolutionären Bauern unvermeidlich.“

Andererseits beeilte sich der Oppositionsblock der deutschen Kommunisten, sein Einverständnis mit der Sinowjew-Trotski-Opposition in ihrer Ablehnung der Stalinischen These zu erklären, wonach der Aufbau des Sozialismus in einem einzelnen Lande möglich sei. (Note Kahne, Nr. 179.) Die linke KPD-Opposition hat ganz richtig begriffen, daß diese Stalinische These, die Schlußfolgerung in sich schließt, daß man die Stabilisierung des Kapitalismus als eine Tatsache anerkennen müsse, die für absehbare Zeit alle Möglichkeiten der sozialen Revolution im Westen vernichtet. Die logische Konsequenz hieraus wäre die Auflösung der Komintern; eine Konsequenz, die Stalin zwar nicht zu ziehen wagt, die aber — unter einem anderen Gesichtswinkel — von einem seiner Gegenspieler, dem Führer der „Arbeiteropposition“ Medwedschew, gezogen ward.

Im wesentlichen waren diese Differenzen schon auf dem 5. Weltkongreß vorhanden, auf dem Sinowjew den Bannfluch über die Kabeischen Ketzereien erließ. In verkapulierter Form warf Kabe damals die Frage auf, wie sich die Taktik der Arbeiterklasse im Westen eigentlich gestalten müsse, sollte der Zusammenbruch des Kapitalismus nicht von heute auf morgen eintreten. Und mit Recht konnte der Ultralinke Dengel Kabe entgegenhalten, daß die Anerkennung der Stabilisierung des Kapitalismus die kommunistischen Parteien der notwendigen revolutionären Energie berauben müsse. Jetzt ist es soweit. Der Stalinische Nationalkommunismus kommt aus seiner zwiespältigen Einstellung zur Komintern nicht heraus. Einerseits liefern die willfährigen Komintern-Sektionen der Moskauer Diplomatie wirksame Waffen zur Desorganisation der westeuropäischen Staaten und zur Untergrabung ihrer kolonialen Basis. Andererseits ist aber diese Ministerarbeit der Komintern dazu angehen, eine dauerhafte Verständigung der Sowjetunion mit den kapitalistischen Mächten, die zu den Erfordernissen der wirtschaftlichen Entwicklung und des staatlichen Aufbaus der Sowjetunion gehört, zu erschweren, wenn nicht gar unmöglich zu machen. Es ist kaum zweifelhaft, daß die Gebote der außenpolitischen Rep in den Augen der russischen Diktatoren die Oberhand über die Vorteile aus der Ministerarbeit der Komintern gewinnen müssen.

Man lese die allgemeine Resolution der Plenarversammlung des Zentralkomitees der KP der SU. Da spricht schon der erste Punkt von der „Tatsache der relativen Unbeständigkeit der Stabilisierung des Kapitalismus“ und dem „Fehlen einer unmittelbar revolutionären Situation“. Die gewundene Formulierung von der „relativen Unbeständigkeit“ ist nur eine als Zugeständnis für die Opposition hingeworfene Verhüllung der entscheidenden Feststellung, daß eine „unmittelbar revolutionäre Situation“ nicht vorhanden ist. Gewiß wird die „Hauptaufgabe der Komintern“ nach wie vor in der Vorbereitung der Weltrevolution, der „Bolschewisierung der Taktik und Organisation“ und ähnlichen schönen Dingen gesehen. Doch sind das nur Formalitäten: man führt in ihnen weder Glauben noch Wissenschaft noch die Bereitschaft, die Fragen in lebendige Tat umzusetzen. Indem die Stalinische Mehrheit schließlich erklärt, daß die Durchführung der konkreten Forderungen der Linksoption nur die Massenflucht der Kommunisten aus den Gewerkschaften und — trotz den linken Phrasen — die „Überlassung aller Positionen an die Sozialdemokratie“ zur Folge haben müßte, bereitet sie in Wirklichkeit mit ihrer Resolution selbst die nämliche Uebergabe aller Positionen an die westeuropäische Sozialdemokratie vor.

Das ist es eben, daß die bürgerlich-bonapartistische Umwandlung der bolschewistischen Diktatur in Rußland den Zerfall des westeuropäischen Kommunismus außerordentlich verschärft und in ihm zwei Tendenzen fördert: die eine, die auf die Verstärkung fetterischer Bolschewismus, die andere, die auf das langsame, allerdings durch kommunistischen Phrasendruck verdeckte Hinabgleiten in die Gleise sozialdemokratischer Taktik gerichtet ist. Von beiden Seiten — von rechts wie auch von links — vollzieht sich die Abkehr vom offiziellen Kommunismus, der willen- und prinzipienlos in den Fußstapfen der Moskauer Parolen-schmiede wandelt. Immer schärfer zeichnet sich das Dilemma ab, vor das der europäische Kommunismus gestellt wird: entweder auszuweichen zu einer von den Massen losgelassenen Sektel von bolschewistischen Utopisten, oder aber die eigenen Positionen der Sozialdemokratie auszuliefern, auf die Wiederherstellung der Einheit der Arbeiterbewegung unter dem Banner der Sozialdemokratie hinzuwirken. Peter Garwig.

Korruption in Monarchie und Republik.

Von L. Perjus, Kapitän zur See a. D.

Der Ferienstrassenrat des Reichsgerichts hat als Revisionsinstanz gegen den Landeschulrat Dr. Stölzel in Braunschweig, der wegen Vergehens im Amte vom Landgericht zu einem Monat Gefängnis verurteilt wurde, das Urteil der Vorinstanz bestätigt. In der Hauptsache handelte es sich um die angebliche Benützung eines amtlichen Fernsprechers zu privatem Zweck.

Der preussische Ministerpräsident Braun soll nach Angabe der reaktionären Presse von der staatlichen — früher königlichen — Porzellanmanufaktur ein Tafelservice zu einem unnatürlich wohlfeilen Preise Anfang 1924 gekauft haben. Eine öffentliche Anfrage erging, und nun kam die Antwort vom preussischen Handelsminister, daß kein Anlaß vorläge, diese private Angelegenheit vor den Hauptauschuß zu bringen. Die Untersuchung hat ergeben, daß Braun nicht der geringste Vorwurf trifft. Bei der Affäre ging es um einen lächerlich geringen Betrag.

Diese zwei Beispiele, denen sich zahllose weitere anhängen lassen, zeigen, wie die Reaktion sich bemüht, aus Mäßen Elefant zu machen, oder gar sich nicht scheut, völlig unbegründete Anklagen zu erheben, und Wehrlose auslöst über die Korruption in der Republik. Die kindlichsten Bagatellen wurden und werden vorgebracht, um zu beweisen, wie korruptiert republikanische Beamte seien, und die reaktionäre Presse erzählt dann bei solchen Gelegenheiten ihren Lesern gern von den untadeligen Zuständen in der Monarchie. Nimmt man jedoch die damaligen Zustände genauer unter die Lupe, dann kommt man zu dem Ergebnis, daß es unter der Monarchie gar nicht so einwandfrei bestellt war mit der Ehrlichkeit, Unbestechlichkeit u. a. m. Ein Unterschied freilich wird erkennbar: Unter der Monarchie herrschte mehr Disziplin! Im Interesse der Moral darf man aber diesen sich jetzt bemerkbar machenden Mangel an Disziplin nur begrüssen.

Sollten etwa z. B. die Geschäftsgebaren eines Barons v. Hofstein, solange er noch im Amte war, niemandem bekannt gewesen sein? Daß es nicht der Fall war, das ist eine erhebliche Zahl von Leuten Bescheid wußte, ergab sich aus den Berichten, die das B. T. im Dezember vorigen Jahres veröffentlicht hat, und die einen Sturm der Entrüstung entfalteten. Hatte doch Baron v. Hofstein, der anderthalb Jahrzehnte der eigentliche Leiter unserer Außenpolitik gewesen ist, um schnöder Millionen willen mit dem Blut und Gut der Völker gespielt. Alle Nachrichten der inneren und äußeren Politik, die ja Herr v. Hofstein als erster empfing, wurden von ihm zunächst darauf geprüft, wie er mit ihnen Geld an der Börse verdienen könnte. Gleich, ob es ging um bevorstehende Herabsetzung von Zöllen, Ausfuhrverbote, ob um einen Buren- oder um einen amerikanisch-spanischen Krieg, immer handelte es sich für Herrn v. Hofstein nur um die Frage: Wie wird sich die Sache an der Börse auswirken?

Eine Erinnerung aus dem amerikanisch-spanischen Kriege, wiedergegeben aus meinem Tagebuche: Manila hatte sich nach dem Bombardement durch die Flotte unter dem Admiral Dewey am 14. August 1898 den Amerikanern übergeben. Unser Großer Kreuzer „Kaiserin Augusta“, der zum Geschwader unter dem Kommando des Admirals v. Diederichs gehörte, das vor Manila ankerte, und auf dem ich als Navigationsoffizier eingeschifft war, mußte sogleich nach dem Fall Manilas mit größtmöglicher Beschleunigung auf Befehl Wilhelms II. nach Hongkong dampfen, um die Nachricht der Uebergabe der Stadt zu überbringen. Die Kabe waren sämtlich durchschnitten worden, so war telegraphische Uebermittlung nicht möglich. Die „Kaiserin Augusta“ war damals das schnellste Schiff auf der Station. Bereits am 15. August, mittags, trafen wir in Hongkong ein. Strenger Befehl für uns war ausgegeben: Während der nächsten 24 Stunden darf niemand etwas über den Fall Manilas verlauten lassen. Warum? Wollte Wilhelm II. Kleinwischer auf der Welt sein oder waren, wie wir später der Direktor einer großen Bank erklärte, Börsenspekulationen der Grund? Heute weiß ich, daß Herr v. Hofstein den Befehl für die „Kaiserin Augusta“ ausgefertigt hatte!

Wie stolz war man seinerzeit im Kaiserreich, nicht korrupt zu sein. Es stimmt, wohl nahmen Offiziere und Beamte im allgemeinen kein Geld. Aber auch hier gab es Ausnahmen, und dann: Wo ist die Grenze? Zeigten die Manöver z. B. eines Freiherrn v. Mirbach, einstigen Oberhofmarschall der Kaiserin Augusta, nicht für Korruption? Man erinnere sich der großzügigen Schnorrereien zum Neubau von Kirchen, wobei er Orden und Titel als Lockmittel benutzte, an den Zusammenbruch der Bommern-Bank — mit dem ominösen Konto „K“ — usw. Endlich fiel Mirbachs Kompromittierliche, ungenierte und skrupellose Form der Kaiserin so „auf die Nerven“, daß der Herr Hofmarschall seines Postens verlustig ging. Herr v. Mirbach war Hofbeamter. Noch ein weiteres Beispiel für einen Staatsbeamten. Abermals eine Erinnerung:

1886 weiße ich auf Urlaub in Berlin. Mein Vater erzählte mir, als wir meinen Patenonkel Heinz (Minister von Bötticher) besuchen wollten, das Folgende: Der Schwiegervater von Onkel Heinz, Herr v. Berg, Direktor der Reichs-